

27.06.2009

Tempomacher für Militärforschung an Super-Universität KIT Karlsruhe

Uni-Professoren Beyerer und Tacke reichen sich Hand zur kompletten Integration von Wehrforschungsinstitut in Fraunhofer-Institut. Anfang Juli soll Gesetz für autoritäres Karlsruher Institut für Technologie KIT als Fusion von Universität und Forschungszentrum im Landtag von Baden-Württemberg abgesegnet werden. Ein zivilmilitärischer Forschungskomplex mit Schlüsselstellung für Super-Uni / KIT formiert sich. Stärkung der Gegenkräfte nötig und möglich.

Von Dietrich Schulze

Prof. Jürgen Beyerer, in Personalunion Institutsleiter der Universität Karlsruhe und Chef des Fraunhofer-Instituts FhG-IITB in Karlsruhe, bekam am 24. Juni überraschend erheblichen Zuwachs. In das Fraunhofer-Institut wird das komplette Wehrforschungsinstitut FGAN-FOM (Sensorik und Mustererkennung) in Ettlingen integriert, mitsamt dessen Chef, Prof. Maurus Tacke, gleichzeitig Lehrbeauftragter am Nachrichtentechnischen Institut der Universität Karlsruhe. Bis Ende des Jahres soll die Integration unter Dach und Fach sein. Und Anfang Juli soll gleich eine zweite ungleich größere Fusion per Gesetz im baden-württembergischen Landtag beschlossen werden, die Verschmelzung der kompletten Universität Karlsruhe mit dem Forschungszentrum Karlsruhe zum Karlsruhe Institute of Technology KIT, einer Super-Elite-Uni mit 18.000 Studierenden und 8.000 WissenschaftlerInnen und Beschäftigten. Bei dieser Verschmelzung spielt eben jenes Nachrichtentechnische Institut unter Leitung von Prof. Friedrich Jondral eine strittige Rolle, weil dort Militärforschung für die Bundeswehr betrieben wird. Wieso kam die Fusion FhG / FGAN überraschend?

Rüstungsressortforschung: Integration statt Konversion

Seit Mai 2003 verfolgt Hartmut Wolff, Abteilungsleiter im Bundesverteidigungsministerium BMVg, den Plan, die vom BMVg finanzierte Rüstungsressortforschung der FGAN-Institute (FGAN Forschungsgesellschaft für Angewandte Naturwissenschaften) in die überwiegend zivil arbeitende Fraunhofer-Gesellschaft FhG zu integrieren. Dabei geht es ausdrücklich nicht um eine Konversion von Militär- in Zivildforschung, was zu begrüßen wäre, sondern um die Integration der Militärforschung, d.h. um deren Fortsetzung mit anderen Mitteln. Hauptsächlich wegen der ungeklärten Finanzierung ist der Fusionsbeschluss mehrfach verschoben worden, zuletzt auf 2010. Gegen die Fusion haben Beschäftigte, Betriebsräte und Gewerkschaften von Beginn an protestiert. Der gegenüber den Verlautbarungen überraschend vorgezogene Beschluss des FhG-Senats verfolgt die Absicht, in Karlsruhe ein Kompetenzzentrum zu schaffen und „erste Adresse in Europa“ zu werden. Alles verbunden mit der ausdrücklichen Zielsetzung „dual use“, der Vermischung von militärischer und ziviler Forschung. Diese Vermischung folgt dem Muster einer seit Jahren bewusst betriebenen Militarisierung der Forschung. Hier nur einige Schlagworte: Regierungsprogramm Sicherheitsforschung, Fraunhofer-Verbund „Verteidigung und Sicherheit“, regelmäßige Tagungen „Future Security“ und „Nonlethal

Weapons“ in Karlsruhe/Ettlingen, Seminare der „Carl-Cranz-Gesellschaft“. Überall dabei, die genannten Uni-Professoren und weitere.

Alter Geheimpfad der Rüstungslobby wird legalisiert

Für diesen zivilmilitärischen Schwerpunkt Karlsruhe kommt der Universität Karlsruhe eine Schlüsselrolle zu. Das konnte gegen die systematische Vertuschung durch die Uni-Leitung (Rektor Prof. Horst Hippler) und die Landesregierung von Baden-Württemberg erst im Verlaufe der Proteste gegen die Uni-Militärforschung im Prozess der Verschmelzung mit dem Forschungszentrum Karlsruhe zum Karlsruher Institut für Technologie KIT heraus gefunden werden. Das Forschungsprogramm „MoU SDR“ („Software Defined Radio“) am Nachrichtentechnischen Institut kam aufgrund einer Bundestagsanfrage der Linkspartei Mitte 2008 ans Licht der Öffentlichkeit und ist als neuartige Kommunikationstechnik für multinationale Interventionstruppen von großer Bedeutung. Erst aufgrund einer ver.di-Podiumsdiskussion im Februar 2009 in der Uni wurde bekannt, dass das Wehrforschungsinstitut FGAN-FOM über mehrfache Umstrukturierungen aus einer Forschungsgruppe am Nachrichtentechnischen Institut der Uni hervorgegangen ist. Die Zusammenarbeit mit der Rüstungsforschung ist jahrzehntelang vor der Öffentlichkeit verheimlichte Uni-Tradition. Über die Kooperation der Institutsleitungen und die Tätigkeit als Lehrbeauftragte wurden schöpferische Ideen von Generationen von Studierenden ohne deren Kenntnis für Rüstungszwecke missbraucht. Dieser alte Geheimpfad der Rüstungslobby wird nun über die beschlossene Integration und die Funktionen der Institutsleiter offizieller Bestandteil der Uni- und KIT-Forschungspolitik.

Uni, KIT und zivilmilitärischer Forschungskomplex

Kein Wunder, dass die Forderung nach einer Zivilklausel („Das KIT verfolgt nur friedliche Zwecke.“) in Übertragung der Satzungsbestimmung des Forschungszentrums auf das gesamte KIT auf entschiedene Ablehnung bei Wissenschaftsminister Prof. Frankenberg stieß, der für die KIT-Gesetzgebung zuständig ist. Auf Intervention der Bundesregierung soll die Zivilklausel im KIT-Gesetz für Großforschungsaufgaben erhalten bleiben, aber Militärforschung für die Uni ebenfalls weiter geführt werden. Die Gewerkschaft ver.di hat das als undurchführbar, weil völlig konträr zur geplanten völligen Verschmelzung angesehen. Das sei kein möglicher Kompromiss und bedeute letztlich die Abschaffung der Zivilklausel, wie das Frankenberg ausdrücklich von Anfang an gewollt hat. Bei den Beschäftigten des Forschungszentrums hingegen herrscht völliges Unverständnis dafür, wie eine Zusammenarbeit mit einer solchen geteilten Zivilklausel funktionieren soll. Die Studierenden der Uni Karlsruhe haben sich in einer bundesweit einmaligen Urabstimmung mit klarer Mehrheit für die einheitliche Zivilklausel ausgesprochen. Ein internationaler Appell, u. a. von Hiroshima-Bürgermeister Akiba unterzeichnet, fordert das gleiche. Das alles und vielfältige weitere Kritik wie an der weitgehenden Abschaffung von Mitbestimmungsrechten ficht die Landesregierung nicht an. Der praktisch unveränderte Anhörungsentwurf zum KIT-Gesetz, der Mitte Juni in erster Lesung im Landtag behandelt wurde, soll Anfang Juli im Landtag abgesegnet werden. Der Aufbau eines zivilmilitärischen Forschungskomplexes mit einer Schlüsselstellung für Universität und KIT soll zügig vorangetrieben werden. Die Rüstungslobby will Ergebnisse sehen, noch vor der Bundestagswahl.

Gegenkräfte mit Problemen und Entwicklungspotential

Reaktionen der von der Integration unmittelbar betroffenen Beschäftigten des FhG IITB sind bisher nicht bekannt. FGAN-FOM-Beschäftigte hatten bei früheren Diskussionen Konversions-

gedanken von sich gewiesen. Die Gewerkschaften und die Arbeitsgemeinschaft der Betriebs- und Personalräte der außeruniversitären Forschungseinrichtungen (AGBR) haben sich gegen den Zusammenschluss, gegen „dual use“-Forschung und gegen die aus der Integration resultierende Dominanz des Militärischen gewandt. Das FhG-Management hat sogar eine Regelung zum Schutz der Gewissensfreiheit abgelehnt.

Eine ähnliche Regelung im Rahmen eines KIT-Überleitungstarifvertrags wurde gerade zwischen den Tarifparteien ver.di und Land Baden-Württemberg abgeschlossen. Die Tarifbestimmung enthält allerdings einen schwer wiegenden Pferdefuß. Zwecks Konfliktregelung kann einerseits eine Schlichtungsstelle wegen der grundgesetzlichen Gewissensfreiheit (Art. 4.1 GG) bei Verweigerung von Militärforschung angerufen werden, andererseits aber in einem völlig konträren Sinn unter Berufung auf die grundgesetzliche Wissenschaftsfreiheit (Art. 5.3 GG). Darunter versteht der Arbeitgeber Land das verbrieftete Recht auf Militärforschung, weswegen er eine Zivilklausel mit der Verfassung als unvereinbar hält. Das wurde zwar in einem Gutachten des Verfassungsrechtlers Prof. Erhard Denninger widerlegt, ficht ihn aber ebenso wenig wie andere Kritik an. Erschwerend kommt hinzu, dass der gleiche Arbeitgeber als Gesetzgeber eine geforderte Auslegungskompetenz für den KIT-Senat ignoriert. Im Gutachten, in der Urabstimmung der Studierenden und von ver.di wird gefordert, dass der KIT-Senat im Falle von Streitigkeiten über die Auslegung der Bestimmung „friedlicher Zweck“ entscheiden soll, was direkt mit der Wissenschaftsfreiheit zu tun hat. Das lehnt der Arbeitgeber Land ab. Über die Tarifbestimmung aber kann die Thematik zu Lasten der Beschäftigten und der Zivillorientierung in eine tarifliche Schlichtungsstelle transportiert werden, die für eine solche Aufgabe völlig ungeeignet ist. Die Wissenschaftsfreiheit hat in der Tarifregelung zum Gewissensschutz nichts zu suchen.

Internationaler Appell: Verzicht auf KIT-Militärforschung

Insgesamt hat es der parlamentarische und der außerparlamentarische Widerstand verdient, gegen ein derartiges autoritäres KIT, gegen den entstehenden zivilmilitärischen Forschungskomplex weiter anzuwachsen und das wird auch geschehen. Alles Wichtige zu diesem Widerstand ist in www.stattweb.de/files/DokuKITcivil.pdf dokumentiert.

Die hochbrisante Problematik, dass künftig in einer Institution Kern- und Waffenforschung vereint sind, hat bei den Gesetzgebern bisher keine Beachtung gefunden. Man denke nur an Forschungen für eine vierte Nuklearwaffengeneration unter Einschluss von Mikro- und Nanotechnologien oder an einen Forschungsauftrag „Abwehr von terroristischen Angriffen mit ‘schmutzigen Bomben’“, wofür KIT maximale wissenschaftliche Kompetenz hätte.

Die Unterschriftensammlung zum internationalen Appell für eine einheitliche KIT-Zivilklausel und für den Verzicht auf jegliche Militärforschung am KIT, der vor "Kern- und Waffenforschung unter einem Dach" warnt, wird am Gedenktag 2009 in Hiroshima fortgesetzt.

Es geht um eine Welt ohne jegliche Atomwaffen. Und es geht um Hochschulen und Fachhochschulen als freie Bildungseinrichtungen für alle Schichten der Bevölkerung, um Werkstätten der internationalen Zusammenarbeit für zivile Zwecke in wissenschaftlicher Selbstverwaltung als Forschungsmotoren für die öffentliche Daseinsvorsorge und ein vertieftes Verständnis der Natur – Zielsetzungen für ein KIT, für die es sich weiter zu kämpfen lohnt.